



HESSISCHER LANDTAG

17. 04. 2018

Plenum

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Landesregierung täuscht die Öffentlichkeit - Unterrichtsausfall nicht weiter leugnen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Behauptung des Kultusministers, es falle in der Regel kein Unterricht in Hessen aus, eine massive Täuschung der Öffentlichkeit darstellt.
2. Der Landtag kritisiert die Darstellung als unhaltbar angesichts der Tatsache, dass die Situation an den Schulen vor Ort nach Aussagen von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften eine völlig gegensätzliche ist, und fordert die Landesregierung auf, die Realität anzuerkennen.
3. Der Landtag bedauert, dass eine Vielzahl an Unterrichtsstunden entweder ersatzlos ausfällt oder lediglich durch Betreuung und Aufsicht ersetzt wird, was zu einem massiven Qualitätsverlust an den Schulen führt.
4. Der Landtag stellt fest, dass sich die Tätigkeit der externen Kräfte im Programm "Verlässliche Schule" auf pädagogische Betreuung und unterrichtsergänzende Maßnahmen im Rahmen der verlässlichen Schulzeit beschränkt und im Rahmen dieses Programms ausdrücklich kein Unterricht gehalten wird.
5. Der Landtag dankt der Landesschülervertretung für ihre Eigeninitiative, eine Umfrage zum Unterrichtsausfall in Hessen stichprobenartig zu initiieren. Demnach wurden allein für einen zufällig ausgewählten Wochentag an den teilnehmenden Schulen 1.605 Stunden, die ausgefallen sind, sowie 1.547 Stunden, die vertreten werden konnten, dokumentiert.
6. Um Abhilfe zu schaffen, fordert der Landtag mehr Ehrlichkeit und Transparenz zur Situation an den Schulen ein. Zudem müssen echte Vertretungsreserven ausgebaut werden, anstatt mit Mogelpackungen die Realität auszublenden.
7. Der Landtag geht davon aus, dass der Landesregierung Daten zum Unterrichtsausfall an den hessischen Schulen vorliegen, und fordert "Minister Ahnungslos" auf, das durchschaubare Täuschungsmanöver endlich zu beenden. Wenn keine flächendeckenden Daten erhoben werden können, muss das Ausmaß in den einzelnen Schulamtsbezirken wenigstens durch Stichproben relevant ermittelt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 17. April 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel